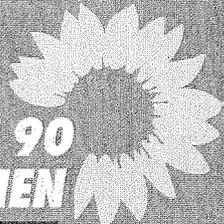


Änderungsanträge

zur

**Mittelfristigen Finanzplanung
2012 – 2015**



FRAKTION B' 90/DIE GRÜNEN, RATHAUSPLATZ 2, 90403 NÜRNBERG

An den Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg
Dr. Ulrich Maly
Rathaus

90403 Nürnberg

OBERBÜRGERMEISTER		
02. NOV. 2011		
I	1	3 Zur Stellungnahme
	Zur	
	Kis.	4 Antwort vor Ab-
		sendung vorlegen
II	2	
	v.v.	5 Antwort zur Unter-
		schrift vorlegen

AMMS
U. Maly

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Stadtratsfraktion Nürnberg

Rathausplatz 2
90403 Nürnberg

Tel: (0911) 231-5091
Fax: (0911) 231-2930
gruene@stadt.nuernberg.de

Bus: Linie 36, 46, 47 (Rathaus)
U-Bahn: Linie 1 (Lorenzkirche)

Nürnberg, 2.11.2011

Referat II		<i>Ri</i>
Eingang: 04. NOV. 2011		
Wolfrum: <i>Stedert</i>		
<input type="checkbox"/>	Zur	
<input type="checkbox"/>	A. S.	Unterschrift vorlegen
<input type="checkbox"/>	W.	
	KaSt	<i>Stk</i>

Antrag zu den Haushaltsberatungen 2012:

Ausweitung der Ausnahmen bei der Wiederbesetzungssperre

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

der Nürnberger Anzeiger hat am 26.10.2011 zum wiederholten Mal über die Auswirkungen der Wiederbesetzungssperre in Jugendeinrichtungen mit geringer Personaldecke berichtet. Die zeitweise Schließung von Jugendtreffs bzw. deren Angebotseinschränkung kann als Folge der Wiederbesetzungssperre nicht akzeptiert werden.

In anderen sozialen Bereichen, wie beim ASD führte, die Sperre zu einem zusätzlichen Ausfall in der Größe von 3,5 Vollzeitstellen.

Zwar wurden sinnvollerweise Kindertagesstätten und Schulen von der Sperre ausgenommen, da die Jugendsozialarbeit auch in den schulischen Bereich fällt, sollte sie in die Ausweitung der Wiederbesetzungssperre einbezogen werden.

Antrag:

Wir beantragen eine Ausweitung der Ausnahmen von der Wiederbesetzungssperre auf Einrichtungen der offenen Jugendarbeit, den ASD und der Jugendsozialarbeit an Schulen.

Mit freundlichen Grüßen

Wellhöfer

Brigitte Wellhöfer
Fraktionsvorsitzende

Stadtkamm	
eingegangen	
07. NOV. 2011	

Beilage 4.1.c

Beilage: 4.2
zur Sitzung des Jugendhilfeaus-
schusses vom 27. Oktober 2011

**Anhörung des Jugendhilfeausschusses zum Entwurf des Haushaltsplanes
der Stadt Nürnberg für das Jahr 2011 gemäß § 71 SGB VIII**

hier: Antrag des Jugendhilfeausschusses zum Haushalt 2012

Antrag

zur Tagesordnung der Sitzung
des Jugendhilfeausschusses
am 27. Oktober 2011

- öffentlicher Teil -

- I. Der Jugendhilfeausschuss beantragt zum Haushalt 2012 folgende Veränderungen gegenüber dem Haushaltsplanentwurf 2012:

Zuschüsse freier Träger

PC	Förderbereich/ Kostenstelle	Bezeichnung	Veränderung	Beantragter Ansatz 2012
E52016	1.401 9 520 000 302	Spiel-/Bauplätze (Betriebskostenzuschüsse)	+ 38.800	271.300
E52016	1.402 9 520 000 352	Spiel-/Bauplätze (Personalkostenzuschüsse)	+ 67.300	469.700
E52016	1.302 9 520 000 432	Projekt Welser Str. /Kinder- u. Jugendhaus Mammut - Evangelische Jugend Nürnberg - Wildwasser e.V.	+ 136.500	200.000
E52016	5.203 9 520 000 462		+ 10.000 einmalig	172.600
E52016	3.201 9 520 000 522	Deutscher Kinderschutzbund	+ 25.000 dav. + 10.000 einmalig	161.300
E52016	3.301 9 520 000 802	AWO: Eltern-Kind-Programme	+ 48.500	489.500
E52016	3.302 9 520 000 662	Evangelische Familienbildungsstätte	+ 10.000	103.600

- einstimmig angenommen -

Konsumtiver Haushalt

PC	Kostenstelle/ Sachkonto	Bezeichnung	Veränderung	Beantragter Ansatz 2012
E52019	64390100	Elternbefragung DJI Vergütungen für Leistungen Dritter	+25.000	25.000

- einstimmig angenommen -

Stellenplan der Verwaltung des Jugendamtes

1. Spielflächenplanung; Pkt. C.1, 1.2 Bereich B 2; S. 35 der Vorlage

Die Jugendhilfeplanung „Spielen in der Stadt“ wurde am 13.12.2007 vom Jugendhilfeausschuss und am 27.02.08 vom Stadtrat als geschäftsbereichsübergreifende verbindliche Grundlage für die Stadtentwicklungsplanung in Nürnberg beschlossen. Die Verwaltung wurde beauftragt, die notwendigen personellen Ressourcen zu beantragen. Die Stelle wurde von OrgA jedoch nicht begutachtet.

Für die Umsetzung dieser Aufgaben beantragt der Jugendhilfeausschuss eine Soz.päd – Stelle mit EGr. S 16

- bei 4 Gegenstimmen angenommen -

2. Allgemeiner Sozialdienst (ASD); Pkt. C.1, 1.3 Bereich B 3, S.38 der Vorlage

Für den ASD wurden von Ref. V 6,7 Stellen beantragt. OrgA sicherte zu, dass bei entsprechender Bedarfsfeststellung unterjährig bis zu 3,5 Stellen bereitgestellt werden.

Der Jugendhilfeausschuss beantragt eine Erhöhung im Stellenplan um 3 Stellen auf 6,5 Stellen

- einstimmig angenommen -

3. Aufhebung der Wiederbesetzungssperre bei JAS an Schulen, päd. Personal in Kinder- und Jugendhäusern und Soz.päd.- Stellen in der Bezirkssozialarbeit des ASD

Der Jugendhilfeausschuss beantragt, dass im Rahmen der Haushaltsberatungen 2012 die Wiederbesetzungssperre für

- Jugendsozialarbeit an Schulen (JAS),
- das pädagogische Personal in Kinder- und Jugendhäusern und
- die Soz.päd. – Stellen in der Bezirkssozialarbeit des ASD

analog der Ausnahmeregelungen bei Lehrerinnen und Lehrer sowie dem päd. Personal in Kitas aufgehoben wird.

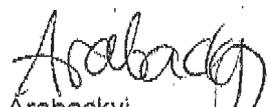
- einstimmig angenommen -

II. Je an: Ref. II / Stk zur Aufnahme in das Kämmereipaket

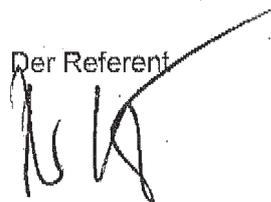
Ref. I zum Stellenplan

Ref. V / J

Die Vorsitzende


Arabacky
Ehrenamtliche Stadträtin

Der Referent


Pröll
Berufsmäßiger Stadtrat


Legler
Schriftführerin

Antrag zu den Haushaltsberatungen

Antragsteller: CSU-Stadtratsfraktion

Profitcenter / Kostenstelle / Investitionsauftrag / Kostenart	Bezeichnung
	Haushaltskontrolle

Text des Antrags:

Zur unterjährigen Haushaltskontrolle wird dem Ältestenrat durch die Verwaltung in vierteljährlichen Sitzungen ein Bericht über die Einhaltung der in den Haushaltsberatungen beschlossenen Haushaltspositionen, d.h. sowohl die Einhaltung der städtischen Budgets der einzelnen Dienststellen und Referate, als auch die Einhaltung der Ergebnisse in den Eigen- und Regiebetrieben sowie den Tochtergesellschaften der Stadt Nürnberg gegeben.

Die Verwaltung wird daher beauftragt, ein vierteljährliches Berichtswesen aufzubauen, aus welchem die geplanten Soll-Zahlen der in den jeweiligen Haushaltsberatungen beschlossenen Positionen und deren Einhaltung im Rahmen einer Soll-Ist-Analyse hervorgeht. Dieser Soll-Ist-Vergleich wird in vierteljährlichen Sitzungen dem Ältestenrat vorgelegt, zur weiteren inhaltlichen Analyse und politischen Diskussion und Bewertung. Eine Verfeinerung dieses Berichtswesens erfolgt mit der weiteren Konkretisierung des Produkthaushaltes.

Größere Soll-Ist-Abweichungen einzelner Dienststellen, Referate, Eigenbetriebe oder Tochtergesellschaften werden zusätzlich einer genaueren Analyse durch interne Fachdienststellen (OrgA, Rechnungsprüfungsamt) oder gegebenenfalls externe Berater unterzogen, dessen Ergebnis im folgenden Ausschuss den Mitgliedern des Ältestenrates unter Anwesenheit des jeweils verantwortlichen Dienststellenleiters, Referenten oder Geschäftsführers vorgestellt wird. Größere erkennbare Risikopositionen werden unterjährig dadurch besser erkennbar und finden anschließend Eingang in den mit dem Beschluss zu den Haushaltsberatungen 2011 eingeführten Risikoberichts.

Begründung:

Trotz der hohen Steuereinnahmen aufgrund der positiven wirtschaftlichen Entwicklung gelingt es aufgrund der ebenfalls steigenden Ausgaben noch nicht ausreichend, das Ziel eines Haushaltes ohne Netto-Neuverschuldung auf Null zu verwirklichen. Die Steigerung der Ausgabensituation ist neben den gesetzlichen Steigerungen im Bereich von Transfer- und Sachkosten (z.B. Erhöhung der Gewerbesteuerumlage, Erhöhung der Bezirksumlage, Steigerung gesetzlichen Kosten für soziale Leistungen, Steigerung der Sachkosten insbesondere im Bereich des Personals) auch durch Überziehungen der einzelnen Budgets der Dienststellen, Referate sowie der Eigenbetriebe und Tochtergesellschaften bedingt. Die Reduzierung und Kontrolle dieser Kostensteigerungen wurden auch schon bereits im Rahmen der Prüfung des Bayerischen kommunalen Prüfungsverbandes (BKPV) als notwendige Aufgabe für eine zukunftsgerichtete Haushaltsführung angesprochen. Die CSU-Stadtratsfraktion sieht daher mit dieser vierteljährlichen Haushaltskontrolle durch den Ältestenrat als Finanz- und Haushaltsausschuss die Möglichkeit, auch unterjährig die notwendigen sachgerechten Entscheidungen treffen zu können für ein nachhaltiges Wirtschaften, und damit dem Ziel eines ausgeglichen Haushaltes ohne Nettoneuverschuldung näher zu kommen.